



## Niederschrift

### 17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung - Videokonferenz

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 11.01.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitz

Frau Dr. Mechthild Rüniger	Bündnis 90/Die Grünen
----------------------------	--------------------------

#### Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Antonia Heigl	DIE aNDERE	
Herr Karsten Dornhöfer	SPD	anwesend ab 18:20 Uhr
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Frau Anna Lüdcke	CDU	

#### sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	
Herr Robert Hirsch	CDU	anwesend ab 18:30 Uhr
Herr Frank Hübner	DIE aNDERE	
Frau Andrea Mirjam Ney	Freie Demokraten	
Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	anwesend bis 20:00 Uhr

#### Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg	Geschäftsbereich 5
--------------------------	--------------------

#### Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel	Seniorenbeirat
-------------------	----------------

Frau Kathleen Krause                      SPD

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	anwesend bis 19:45
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Virginia-Marie Hetke

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1            Eröffnung der Sitzung**
  
- 2            Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über  
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 09.11.2021**
  
- 3            Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021**
  
- 4            Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  
- 4.1        Hybridsitzungen in der LHP  
Vorlage: 21/SVV/1025  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
  
- 4.2        Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche  
Vorlage: 21/SVV/1201  
Fraktion DIE LINKE
  
- 4.3        Konzept zur Nutzung von Open-Source-Software  
Vorlage: 21/SVV/1219  
Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government
  
- 4.4        Digitalisierungsrat der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/1243  
Oberbürgermeister
  
- 4.5        Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 21/SVV/1248  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Geschäftsstelle Haushalt
  
- 5            Partizipation**
  
- 5.1        Bericht der WerkStadt für Beteiligung (Schlaatz 2030) Einbindung des  
Ausschusses für Partizipation, Digitalisierung und Transparenz in den  
Entwicklungsprozess und intensivere Befassung mit dem Planlabor

- 5.2 Umgang mit Petitionen - Zwischenstand  
Wiedervorlage vom 09.11.2021
- 5.3 Information zur Neubesetzung des Beteiligungsrates  
Wiedervorlage vom 09.11.2021
- 5.4 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung
  
- 6           Transparenz**
  
- 7           Digitalisierung**
  
- 7.1 Information zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes  
Wiedervorlage vom 09.11.2021
- 7.2 Information zur Verbandsversammlung Zweckverband Digitale Kommune  
Wiedervorlage vom 09.11.2021
  
- 8           Themenspeicher/Themenvorschläge**
  
- 9           Sonstiges**
  
- 9.1 Zeitplan Moderation

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1           Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende Frau Dr. Rürger eröffnet die Ausschusssitzung, die im Format einer Videokonferenz stattfindet.

#### **zu 2           Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.11.2021**

Frau Dr. Rürger stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind **7 stimmberechtigte** Ausschussmitglieder anwesend.

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 09.11.2021** erhebt sich kein Einwand. Die Niederschrift wird **mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung, bestätigt.**

Die vorliegende **Tagesordnung** wird **einstimmig bestätigt.**

**zu 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021**

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 14.09.2021** erhebt sich kein Einwand. Die Niederschrift wird **mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung, bestätigt.**

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Hybridsitzungen in der LHP**

**Vorlage: 21/SVV/1025**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird von Herrn Marquardt eingebracht.

Herr Jetschmanegg äußert daraufhin Bedenken bezüglich des vorgeschlagenen Stufenplans und der zeitlichen Umsetzbarkeit seitens der Verwaltung. Er verweist zudem darauf, dass es eines aktiven Mittuns der Stadtverordneten bedarf, wie z.B. bei der Gestaltung von Verfahrensweisen und der Änderung der Geschäftsordnung. Hier könnte sich die Arbeitsgruppe „Kommunales Ehrenamt“ einbringen.

Es folgt ein intensiver Austausch zur Dringlichkeit und Notwendigkeit der Umsetzung. Mehrfach wird seitens der Ausschussmitglieder betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam sich den neuen Wegen und mobilen Arbeitsformen öffnen müsse, um beispielsweise die Chance, das politische Ehrenamt durch eine transparentere und flexiblere Arbeitsweise - auch für die jüngeren Mitbürger:innen - attraktiver zu gestalten und zu nutzen.

Vorgeschlagen wird, einen Raum im Rathaus für Hybridsitzungen technisch auszustatten und den Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung das Modell Hybridsitzungen testen zu lassen. Frau Ziegenbein betont die Erforderlichkeit, die Sitzungen der Gremien auch in Form von Hybridsitzungen rechtssicher durchzuführen und die Vorgaben der Brandenburgischen Kommunalverfassung in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu untersetzen. Darüber hinaus seien die Stadtverordneten selbst gefragt, sich aktiv daran zu beteiligen, da nicht der Oberbürgermeister für die Arbeitsweise der Stadtverordneten verantwortlich sei. Aus den Erfahrungen der Digitalisierung der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung tun sich viele Nutzer noch schwer den Verfahren zu folgen und Schulungsangebote zu nutzen. Außerdem werde für die Durchführung der Sitzungen mehr Personal benötigt, um eben den Anforderungen an Hybridsitzungen gerecht werden zu können.

Seitens der Ausschussmitglieder wird vorgeschlagen, das Zeitziel in den Spätsommer zu verlegen, so dass die Verwaltung ausreichend Zeit zur Konzepterstellung erhält.

Frau Dr. Rüniger formuliert sodann einen Änderungsantrag, welcher eine Ergänzung der rechtlichen Aspekte und eine zeitliche Verschiebung in den September 2022 vorsieht.

Anschließend wird die geänderte Textfassung Phase 1 mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

...

#### Phase 1 – Erstellung Konzept

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis **zur Stadtverordnetenversammlung im September 2022** ein Konzept für hybride Sitzungen zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen **und rechtlichen** Fragen, **der Koordinierungsbedarf zum Beispiel mit der Arbeitsgruppe Stärkung des kommunalen Ehrenamtes** und die technischen Anforderungen, beschrieben werden. Weiterhin soll hier ein Zeitplan **sowohl zu Phase 2 und 3 (s.u.) als auch** zu einer möglichen Umsetzung im Rahmen der baulichen Realisierung neuer Plenar- und Ausschussräume für die SVV vorgelegt werden.

Abstimmung:

Diese Änderungen/Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage der neuen Kommunalverfassung die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für hybride SVV-, Ausschuss- Fraktions- sowie Ortsbeiratssitzungen in der LHP zu schaffen. Dabei soll in drei Phasen vorgegangen werden:

#### Phase 1 – Erstellung Konzept

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis **zur Stadtverordnetenversammlung im September 2022** ein Konzept für hybride Sitzungen zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen **und rechtlichen** Fragen, **der Koordinierungsbedarf zum Beispiel mit der Arbeitsgruppe Stärkung des kommunalen Ehrenamtes** und die technischen Anforderungen, beschrieben werden. Weiterhin soll hier ein Zeitplan **sowohl zu Phase 2 und 3 (s.u.) als auch** zu einer möglichen Umsetzung im Rahmen der baulichen Realisierung neuer Plenar- und Ausschussräume für die SVV vorgelegt werden.

#### Phase 2 – Pilotphase

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des Konzeptes aus Phase 1 die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass zwei Ausschüsse als Pilot-/Modellvorhaben mit hybriden Sitzungen beginnen können. In dieser Pilotphase sollen Konzept und Umsetzungsschritte in regelmäßiger Rückkoppelung mit den Nutzenden überprüft und ggf. angepasst werden.

#### Phase 3 – Technische Umsetzung

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des Konzeptes aus Phase 1 sowie der Erfahrungen und Modifikationen aus Phase 2 die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Ausschüsse, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Fraktionen in ihren neuen Räumen in hybrider Form entsprechend der Zeitplanung tagen können.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

**zu 4.2 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche**  
**Vorlage: 21/SVV/1201**  
Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 4.3 Konzept zur Nutzung von Open-Source-Software**  
**Vorlage: 21/SVV/1219**  
Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government

Da es keine Rückfragen gibt, wird der Verwaltung für die Arbeit gedankt und die Entwicklung gewürdigt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.4 Digitalisierungsrat der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 21/SVV/1243**  
Oberbürgermeister

Herr Tuntschew, Büro des Oberbürgermeisters, stellt anhand der angefügten Präsentation Smart City Potsdam – Innovativ-Grün-Gerecht (Anlage 1) die Hintergründe zur o.g. Beschlussvorlage vor. Im Rahmen der Bildung der Smart City Modellkommune soll ein Digitalisierungsrat in der Landeshauptstadt Potsdam installiert werden. Die Mitglieder des Digitalisierungsrates liegen nicht vor. Herr Tuntschew verweist hier auf den Hauptausschuss am 19.01.2022 - in diesem Rahmen wird der Oberbürgermeister die Liste der Mitglieder vorstellen.

Im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung wird dieses Vorgehen kritisiert und gefordert, den Antrag zunächst zurück zu stellen, um den Prämissen der Partizipation und Transparenz Rechnung zu tragen. Ohne Beteiligung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung, der Fraktionen und Stadtverordneten und ohne Bekanntgabe der Mitglieder des Digitalisierungsrates sei die Vorlage in der aktuellen Form nicht entscheidungsreif. Es werden zudem Fragen zur Auskunftspflicht, Kontrolle des Rates und Formen der Beteiligung gestellt.

Herr Tuntschew schlägt vor, die Beschlussvorlage nicht im Januar einzubringen, sondern erst dann, wenn die Mitglieder des Digitalisierungsrates tatsächlich in der Anlage aufgezeigt werden können. Weitere Fragen zur Beschlussvorlage können direkt an den Oberbürgermeister gerichtet werden.

Abstimmung:

Die Beschlussvorlage bis zur namentlichen Benennung der Mitglieder **zurückzustellen**, wird **einstimmig angenommen**.

#### zu 4.5 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022**

**Vorlage: 21/SVV/1248**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Geschäftsstelle Haushalt

Bezüglich der o.g. Beschlussvorlage erläutern Herr Jetschmanegg und die Fachbereichsleitenden der Verwaltungs- und Managemententwicklung, der Kommunikation und Partizipation und des E-Governments anhand der beigefügten Anlage 2 ihre Projekte und Haushaltsplanung für die Jahre 2022 bis 2025.

Frau Sattler, Bereichsleitung Verwaltungs- und Managemententwicklung, beschreibt den ganzheitlichen Ansatz, die digitale Transformation umzusetzen. Eine Aufgabe, die über reine IT-Aufgaben hinausgeht und Prozesse im Personalwesen, der Organisation und Management betrifft.

Es folgt die Ausgabenbeschreibung des Fachbereichs Kommunikation und Partizipation durch die Leitung Frau Bojunga. Ein Schwerpunkt in den digitalen Partizipationsformaten wird hier auf die Stärkung der Diversität in der Bürgerbeteiligung, insbesondere der Beteiligung der Jugend und Senioren, gelegt. Auf Nachfrage erläutert Frau Bojunga die Kosten für die Zuwendungen zur externen WerkStadt: die Ausgaben beinhalten die Kosten für die Zuwendungen an MitMachen e.V bis Januar 2023, das Interessenbekundungsverfahren im Jahr 2022 und die Ausgaben für den dann neuen Partner ab Februar 2023.

Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleitung E-Government, verweist auf die Differenzierung in Aufwands- und Investkosten und stellt die einzelnen Projekte und deren Ausgaben vor. Insgesamt seien momentan etwa 140 Projekte in der Bearbeitung.

Da es keine Nachfragen gibt, wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt, zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### zu 5 **Partizipation**

##### zu 5.1 **Bericht der WerkStadt für Beteiligung (Schlaatz 2030) Einbindung des Ausschusses für Partizipation, Digitalisierung und Transparenz in den Entwicklungsprozess und intensivere Befassung mit dem Planlabor**

Zum Tagesordnungspunkt Bericht der WerkStadt für Beteiligung begrüßt Frau Dr. Rüniger Frau Maria Pohle.

Frau Pohle berichtet zunächst über die neue Besetzung der WerkStadt für Beteiligung und stellt Herrn Mazloumian als neues Mitglied vor. Herr Mazloumian wird im Rahmen seiner Tätigkeit in der Internen WerkStadt in den nächsten Jahren u.a. den Prozess Schlaatz 2030 begleiten und unterstützen.

Anhand der angefügten Präsentation (Anlage 3) stellt Frau Pohle die Umsetzung des Partizipationskonzeptes Schlaatz 2030 vor. Am heutigen Tag befindet ein Preisgericht über die eingereichten Entwürfe; Wünsche und Einwände der Bürger:innen zu den eingereichten Entwürfen wurden berücksichtigt. Das Ergebnis des Preisgerichtes wird am folgenden Tag, den 12.01.2022, bekannt gegeben. Folgend beschreibt Frau Pohle die nächsten Schritte im Partizipationskonzept (siehe Anlage).

Das sogenannte Planlabor ist das Planungs- und Umsetzungszentrum für diesen Beteiligungsprozess – es koordiniert, plant und setzt die Prozesse von Schlaatz 2030 um.

Frau Pohle übergibt sodann das Wort an Herrn Faßmann. Er ist Projektleiter im *kollektiv stadtsucht*, welches seit September 2021 das Projekt Schlaatz 2030 umsetzt und begleitet. Er beschreibt die Aufgaben und Arbeitsfelder des Planlabores (siehe Anlage 3).

In der aktuellen Planungsphase des Prozesses Schlaatz 2030 ist eine Ressourcen-Aufstockung für das Jahr 2022 notwendig, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern und besondere Beteiligungsformate für diese Zielgruppen zu entwickeln. Eine weitere Herausforderung stellt, in Kooperation mit dem Geschäftsbereich 4, den Fund eines geeigneten Standortes für das Planlabor dar, welcher sichtbar, zentral und als Anlaufpunkt für die Schlaatzbewohner:innen sein soll. Mit den aktuellen Ressourcen sei dies vor Ort kaum bis gar nicht umsetzbar, weshalb ein temporärer mobiler Bau für die Bürgerbeteiligung in Erwägung gezogen wird. Dieses Modell der Bürgerbeteiligung im Projekt Schlaatz 2030 könnte somit in die Weiterentwicklung der mobilen Bürgerbeteiligung übertragen werden.

Frau Dr. Rüniger dankt den Vortragenden für die interessanten Einblicke in die Arbeit der Bürgerbeteiligung und sieht der Berichterstattung weiterer Meilensteine im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung entgegen.

## **zu 5.2 Umgang mit Petitionen - Zwischenstand**

Wiedervorlage vom 09.11.2021

Herr Jetschmanegg erläutert anhand der beigefügten Skizze (Anlage 4) den Entwurf zum Umgang mit Petitionen. Dieser Vorschlag wurde in der Arbeitsgruppe Kommunales Ehrenamt erarbeitet.

Frau Dr. Rüniger schlägt vor, diesen Ablauf in Art einer Pilotphase zu testen und die Praktikabilität zu prüfen. Nach der Bearbeitung von etwa zehn Petitionen soll der Prozess evaluiert werden. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

## **zu 5.3 Information zur Neubesetzung des Beteiligungsrates**

Wiedervorlage vom 09.11.2021

Anhand einer Präsentation (Anlage 5) stellt Frau Bojunga die Neubesetzung des Beteiligungsrates und zwei Ansätze neuer Strategien für eine Steigerung der Diversität und neue Beteiligungsformate vor. Sie berichtet über die öffentliche Auslosung der neuen Mitglieder am 16.11.2021 im Potsdam Museum. Der nun neue Beteiligungsrat wird am 27.01.2022 das erste Mal zusammen kommen.

#### **zu 5.4 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung**

Zu diesem Tagesordnungspunkt verweist Frau Dr. Jordan ebenso auf die bevorstehende neukonstituierende Sitzung des Beteiligungsrates am 27.01.2022, in diesem Rahmen werden die ausscheidenden Mitglieder verabschiedet. Ferner gab es ein Treffen mit der Arbeitsgruppe Beteiligung 2.0, um über die mögliche Entwicklung des Beteiligungsrates und eine Anpassung der Geschäftsordnung zu sprechen.

Da es keine Nachfragen gibt, schließt Frau Dr. Rüniger diesen Tagesordnungspunkt und blickt neuen Impulsen durch den neuen Beteiligungsrat entgegen.

#### **zu 6 Transparenz**

-----

#### **zu 7 Digitalisierung**

##### **zu 7.1 Information zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes**

Wiedervorlage vom 09.11.2021

Zum o.g. Tagesordnungspunkt berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 6) Frau Sattler, Bereichsleiterin Verwaltungs- und Managemententwicklung.

Bei dem Onlinezugangsgesetz (OZG) handelt es sich um ein Gesetz (föderales Programm), das darauf abzielt, die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen in Arbeitsteilung von Bund, Ländern und Kommunen zu organisieren. Frau Sattler macht anhand einer Abbildung den hiermit verbundenen bürokratischen Aufwand deutlich. Sie stellt dar, dass es mit Blick auf bestehende Umsetzungshemmnisse von Seiten der Kommunen Forderungen nach einem „OZG 2.0“ gebe. Die Verwaltungspolitische Diskussion läuft bundesweit unter dem Stichwort „Dresdner Forderungen“.

Frau Sattler erläutert die Leitplanken und Prinzipien der OZG-Umsetzung in der Landeshauptstadt Potsdam und stellt dar, welche Schritte für das Jahr 2022 geplant sind (siehe Anlage).

Es folgt die Frage nach einem Umsetzungsplan seitens des Bundes oder der Kommunen, z.B. auf welche Formulare die Bürger:innen zukünftig online zugreifen können.

Frau Sattler führt aus, dass die digitale Bereitstellung von Formularen nur ein Aspekt sei. Um die Möglichkeiten der Digitalisierung auch verwaltungsintern nutzen zu können, sei es wichtig, die Prozesse insgesamt zu betrachten und zu digitalisieren. Allerdings sei der digitale Abruf von Formularen ein erster wichtiger Schritt. Sie informiert, dass der Zweckverband Digitale Kommunen (DIKOM) gegenwärtig in der Pilotierung eines Formularservers sei. Als Mitglied des Zweckverbandes prüft die Landeshauptstadt Potsdam die Nutzung dieses Servers. Dieses Tool müsse allerdings auf die Landeshauptstadt angepasst werden.

Eine vollständige Umsetzung des Gesetzes bis 2022 wird von allen Beteiligten bundesweit als eher unwahrscheinlich eingeschätzt.

Es folgt eine Nachfrage zum Stand des Aktenplanes. Die Landeshauptstadt Potsdam habe hier eine Grundstruktur aufgebaut und befinde sich in der

Endphase der Pilotierung (zum Beispiel im Fachbereich E-Government). Für den Sommer 2022 ist der Rollout vorgesehen.

Weiterhin ist die Landeshauptstadt Potsdam intensiv mit dem Ausbau der Prozessorientierung und des Prozessmanagements als zentrales Fundament für die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen befasst. Die Frage, was andere Kommunen tun, beantwortet Frau Sattler mit dem Verweis auf die Kooperationen von Bund, Ländern und Kommunen in sogenannten Themenfeldern. Hier arbeiten die Bundesländer mit den Kommunen zusammen und treiben Aufgaben zur Nachnutzung für alle (Einer für alle (EfA)-Prinzip) voran.

## **zu 7.2 Information zur Verbandsversammlung Zweckverband Digitale Kommune** Wiedervorlage vom 09.11.2021

Herr Morgenstern-Jehia wird gebeten, zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Digitaler Kommunen (DIKOM) fand am 01.12.2021 digital statt. Der Aufbau des Zweckverbandes laufe noch immer auf Hochtouren. Momentan gibt es drei Pilotkommunen zur Erarbeitung eines Kommunalportals, welches dann auch die Landeshauptstadt Potsdam nutzen möchte (Verweis auf OZG).

Ferner gibt es die Compliance Management Software DocSetMinder, welche derzeit pilotiert wird. Die Landeshauptstadt Potsdam bereitet die Beschaffung der Software über den DIKOM vor, um insbesondere dem Informationssicherheitsbeauftragten diese zur Verfügung zu stellen.

Der DIKOM hat mittlerweile mehr als 50 Mitglieder. In der kommenden Verbandsversammlung soll für den DIKOM ein Verbandsausschuss gegründet werden – die Landeshauptstadt erhofft sich dort einen Sitz. Der Verbandsausschuss bereitet insbesondere die Verbandsversammlungen vor.

Bei ausbleibenden Fragen bedankt sich Frau Dr. Rüniger bei Herrn Morgenstern-Jehia und schließt den Tagesordnungspunkt.

## **zu 8 Themenspeicher/Themenvorschläge**

-----

## **zu 9 Sonstiges**

Herr Morgenstern-Jehia weist auf den beabsichtigten Antrag zum Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zur Allianz für Cybersicherheit hin, welcher in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 26.01.2022 behandelt werden soll.

## **zu 9.1 Zeitplan Moderation**

Aufgrund der Abwesenheit einiger Ausschussmitglieder kann über den Tagesordnungspunkt nicht mehr abgestimmt werden. Dennoch berichtet Herr Jetschmanegg kurz über das Angebot des Anbieters *Konflikthaus*. Es soll bis zur nächsten Ausschusssitzung mit dem Anbieter, der Verwaltung (Herr Jetschmanegg) und der Ausschussvorsitzenden ein Gespräch geben, um den weiteren Prozess zu besprechen.

Frau Dr. Runger bedankt sich bei allen Beteiligten und schließt die Ausschusssitzung.